

Editorial: Autoritärer Populismus Strategie und politische Ökonomie rechter Politik

Das vorliegende Heft verfolgt die Fragestellung von Heft 185 zum Thema „Ausnahmezustand“ weiter. In den vergangenen Jahren gab es eine Vielzahl von beschleunigten Entwicklungen und politischen Krisen, die zu autoritären Regierungspraktiken geführt und zu einer Veränderung der politischen Kräfte beigetragen haben. Es spricht vieles dafür, dass in diesem Kontext die Erfolge von als rechtspopulistisch bezeichneten Parteien mehr ist, als nur eine Erweiterung des Parteienspektrums und des parlamentarischen Raums, sondern ein neues politisches Regime bedeutet.

Der Aufstieg von Parteien und Politikern, die im herrschenden Diskurs als „rechtspopulistisch“ charakterisiert werden, ist ein bestimmendes Thema der letzten Jahre gewesen. Dabei verweist der Begriff des Rechtspopulismus auf den des Linkspopulismus. Beide Begriffe werden im herrschenden Diskurs pejorativ gebraucht. Rechts- und Linkspopulismus gelten als zwei Varianten derselben Sache. Dem liegt ein Schema zugrunde, das den politischen Raum in eine positiv konnotierte Mitte und zwei negativ konnotierte Extreme einteilt: Rechts- und Linkspopulismus gelten gewissermaßen als abgemilderte Formen von Rechts- und Linksextremismus. Anders gesagt: Rechts- und Linkspopulismus bewegen sich nach dem herrschenden Verständnis genau an der Grenze zwischen der Mitte (dem, was als normal gilt) und den Extremen. Sie

werden nach dem Muster der Totalitarismustheorie behandelt. Dabei steht das Urteil über den Populismus schon fest, bevor seine Funktionsweise überhaupt analysiert wurde (vgl. D'Eramo 2013; Link 2017). Aus kritischer, emanzipatorischer Sicht ist die Gleichsetzung von rechten und linken Kräften zurückzuweisen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Parteien, in denen rassistische, sexistische oder faschistische Positionen vertreten werden, nicht verharmlost werden, indem sie als rechtspopulistisch gekennzeichnet werden. Es wird auch davon abgelenkt, dass z.B. in der CDU oder in der BILD-Zeitung ebenfalls auf ideologische Elemente zurückgegriffen wurde und wird, die heute dem Rechtspopulismus zugeordnet werden; das „bürgerliche Lager“ bzw. die „Mitte“ werden dadurch exkulpiert.

Allerdings sollte der Begriff des Populismus auch nicht vorschnell aufgegeben werden, solange unklar ist, mit welchen Begriffen Parteien wie die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich, die Partei von Geert Wilders in den Niederlanden, die Politik von Donald Trump in den USA, von Viktor Orbán in Ungarn, der PiS in Polen oder von Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei analysiert werden können. Die Aufzählung reaktionärer Parteien und Politiker ließe sich noch verlängern. Wir haben es offenkundig mit einer Offensive rechter Parteien und Politiker in vielen Ländern zu tun. Um

zu prüfen, ob der Begriff des Populismus zur Analyse der genannten Kräfte hilfreich ist, ist es notwendig, seinen Inhalt zu präzisieren. Dazu ist es wiederum unerlässlich, sich der historischen und theoretischen Kontexte zu vergewissern, in denen der Begriff verwendet wurde. Dies leistet *Tobias Boos* in seinem Beitrag zu diesem Heft. Der Blick nach Lateinamerika zeigt, dass durchaus auch progressive Politiken mit populistischen Mitteln verfolgt wurden, bzw. dass es sinnvoll ist, zwischen autoritärem und demokratischem Populismus zu differenzieren.

An die Diskussion über den Populismusbegriff schließt die Debatte an, wie der Aufstieg des autoritären Populismus erklärt werden kann. Dabei sollte es die Aufgabe der kritischen Sozialwissenschaft zu sein, die Frage nach den sozialen Ursachen des autoritären Populismus ins Zentrum ihrer Forschung zu stellen und sich zugleich von allgemeinen Erklärungsansätzen abzugrenzen, welche die sozialen Bedingungen für den Aufstieg autoritären Populismus ausblenden. Die sozialwissenschaftliche Literatur bietet zur Erklärung dieser politischen Phänomene zwei vorherrschende Ansätze an. Zum einen die Konzeption der Repräsentationslücke, die davon ausgeht, dass Parteien, welche in Regierungsverantwortung stehen, dazu tendieren, wirtschafts- und sozialpolitisch wie auch kulturell in die Mitte zu rücken und dadurch die politischen Ränder der Gesellschaft zu vernachlässigen (Jun 2011). Die dadurch entstandenen Repräsentationslücken würden daher von neuen Parteien oder neuartigen politischen Formationen gefüllt. Der zweite gängige Erklärungsansatz, die sogenannte Konfliktlinien-Theorie (*cleavage*-Theorie) erklärt den Aufstieg des Rechtspopulismus mit der Herausbildung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien, welche

sich in den 1970er Jahren herausgebildet hätten (Zürn/de Wilde 2016). Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sei in den Hintergrund gedrängt worden, wodurch die „alten Parteien“ zunehmend an Zuspruch verloren hätten. Die neuen rechtspopulistischen Parteien und Formationen seien Repräsentanten einer neuen, dominanten gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen liberalem Kosmopolitismus und chauvinistischem Kommunitarismus. Dieser Konflikt manifestiere sich vor allem an den Themen der Migration oder der Ausweitung supranationaler Steuerungskompetenzen. Während der liberale Kosmopolitismus für offene Grenzen und eine Souveränitätsverlagerung, etwa von der nationalen auf die europäische Ebene, eintrete, würden Kommunitaristen am Nationalstaat als Entscheidungsraum festhalten und die nationalstaatlichen Grenzen verteidigen (Merkel 2017: 16). Die alten Volksparteien würden durch die neu entstandenen Konfliktlinien zerrissen, da sie selbst von dieser durchzogen wären.

Die beiden vorherrschenden Ansätze haben nur eine geringe Erklärungskraft in Bezug auf das überdeterminierte Phänomen des autoritären Populismus. So übersehen sie die komplexen gesellschaftlichen Ursachen, welche den politischen Erdbeben zugrunde liegen und den Aufstieg des autoritären Populismus erst ermöglichen. Während die Diagnose einer Repräsentationslücke einem starren Demokratieverständnis verhaftet bleibt und Politik letztendlich als ein Nullsummenspiel versteht, bleibt die Erklärung des *cleavage*-Ansatzes eindimensional und überhöht diskursive Verschiebungen zu nachhaltigen strukturellen Veränderungen. Vor allem im zweiten Ansatz werden Veränderungen im Wahlverhalten von einer zu erklärenden Variable zur erklärenden Variable. Letztendlich muss jedoch die Verschiebung

von Konfliktlinien selbst als Resultat und Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen verstanden werden.

Konträr zu den beiden dominanten sozialwissenschaftlichen Ansätzen wird in diesem Schwerpunktheft zum autoritären Populismus ein Fokus auf die gesellschaftlichen Ursachen für dessen Aufstieg gelegt. So greift *Alex Demirović* in seinem Beitrag auf den von Stuart Hall (2014) geprägten Begriff des autoritären Populismus zurück und begreift diesen als eine bestimmte Form der neoliberalen Krisenbearbeitung. Ähnlich wie der Thatcherismus, den Hall vor Augen hatte, sei der autoritäre Populismus in der gegenwärtigen Periode eine Politik, die von Teilen des Machtblocks verfolgt werde. Sie stehe nicht im Gegensatz zum Neoliberalismus, sondern setze diesen mit anderen Mitteln fort. Dabei gehe es wie schon in den vorangegangenen Phasen neoliberaler Politik nicht mehr um Hegemonie, sondern um eine Form von Herrschaft, die Zugeständnisse an die beherrschten Klassen zu vermeiden suche.

Auch wenn das große Schreckensszenario in Europa bisher ausgeblieben ist, so haben die Wahlen des vergangenen Jahres doch gezeigt, dass der autoritäre Populismus kein kurzfristiges Phänomen ist. Vielmehr hat er sich in den meisten europäischen Staaten fest im politischen System etabliert und ist zu einer wichtigen politischen Kraft geworden. Während die Sozialdemokratie fast überall in einer schweren Krise ist und um ihr Überleben kämpft, sind autoritär-populistische Parteien in Westeuropa nicht selten zur zweit- bzw. drittstärksten Kraft aufgestiegen.

In Osteuropa sind autoritär-populistische Regierungen bereits allgegenwärtig. Vor allem in Ungarn hatte Victor Orbán in den letzten Jahren mit seiner Verfassungsreform, der politischen Kontrolle der Zentralbank und der Medien sowie seiner

repressiven Politik gegenüber ethnischen Minderheiten europäische Aufmerksamkeit erregt. Ähnliche Prozesse spielen sich derzeit auch in Rumänien ab, wo die Regierung zum wiederholten Male versucht, mithilfe einer Justizreform die Kompetenzen der Judikative massiv zu beschneiden. Diesen Pfad scheint nun auch die polnische Regierung eingeschlagen zu haben. *Klaus Müller* analysiert den Fall Polen und macht deutlich, dass der Aufstieg der PiS-Regierung nur vor dem Hintergrund der sozialen Divergenzen zu verstehen ist, die sich hinter dem Wachstum der polnischen Wirtschaft verbergen und die auf die Art verweisen, wie die Transformation Polens vom „real existierenden Sozialismus“ zum neoliberalen Kapitalismus vonstattengeht.

Viel zugespitzter entwickelt sich der autoritäre Populismus in der Türkei. Dort geht die regierende AKP immer autoritärer gegen die Opposition und ethnische Minderheiten vor. Presse- und Meinungs-freiheit sind faktisch abgeschafft worden, nachdem im Sommer 2016 Teile des Militärs erfolglos versucht hatten, gegen die Erdoğan-Administration zu putschen. Während der Abfassung dieses Editorials griff die türkische Regierung die autonome kurdische Region Afrin im Nordsyrien aus der Luft und mit Bodentruppen an. *Axel Gebring* argumentiert in seinem Beitrag, dass die gegenwärtige Politik der AKP vielmehr ein Ausdruck ihrer Schwäche als ihrer Stärke sei. Die AKP habe zwar eine autoritär-populistische Politik betrieben und sich als gegen das Establishment gerichtete Kraft präsentiert, doch funktioniere dies immer weniger, je länger sie regiere. Das autoritär-populistische Projekt der AKP sei in einer Existenzkrise und die Partei versuche nun mit allen Mitteln, ihre Macht zu konsolidieren. Die EU, die westlichen Eliten und selbst Teile der Linken hätten dagegen lange Zeit die Augen vor

den autoritären Zügen der AKP und ihrer Vorgängerorganisationen verschlossen.

Wie der Wahlsieg von Donald Trump im November 2016 zeigt, ist der autoritäre Populismus nicht nur ein europäisches Problem. Kaum ein Tag vergeht ohne Nachrichten des neuen US-Präsidenten, der wie wohl kein anderer zuvor die US-amerikanische Gesellschaft polarisiert und spaltet. *Trevor Evans* analysiert die wirtschaftliche Entwicklung der USA und die Regierungspraktiken der neuen Administration. Während Trump zwar von Teilen der weißen Arbeiterklasse gewählt wurde, zeigt die Analyse seiner Politik, dass diese gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist.

Die Frage, wie der Erfolg des autoritären Populismus erklärt werden kann und welche Gegenstrategien angemessen sind, wird innerhalb der gesellschaftlichen Linken kontrovers diskutiert. In Deutschland haben sich zwei Lager herausgebildet, die sich unversöhnlich gegenüberzustehen scheinen. Entweder wird der Aufstieg der AfD durch die Vernachlässigung der sozialen Fragen und der Arbeiterklasse durch die gesellschaftliche Linke erklärt, oder aber als Ausdruck von Rassismus und Wohlstandschauvinismus in der gesellschaftlichen „Mitte“ bzw. in der gesamten Bevölkerung verstanden. In seinem Beitrag in PROKLA 186 hatte Stephan Lessenich die letztgenannte Position vertreten, und *Dennis Eversberg* argumentiert in seinem Beitrag in diesem Heft in eine ähnliche Richtung, während *Thomas Sablowski* und *Günter Thien* diese Sicht einer Kritik

unterziehen. Aus den verschiedenen Diagnosen ergeben sich ganz unterschiedliche Strategien und Möglichkeiten der Reorientierung für die Linke.

Mit dem Beitrag von *Heiko Haumann* setzen wir unsere kleine Serie zu „100 Jahre Russische Revolution“ fort.

*Alex Demirović, Thomas Sablowski,
Etienne Schneider und Felix Syrovatka
(für die Redaktion)*

Literatur

- D'Eramo, Marco (2017): They, The People. In: *New Left Review*, Nr. 103: 129-138.
- Hall, Stuart (2014): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: ebd.: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*. Ausgewählte Schriften. Bd. 5. Hamburg: 101-120.
- Jun, Uwe (2011): Die Repräsentationslücke der Volksparteien: Erklärungsansätze für den Bedeutungsverlust und Gegenmaßnahmen. In: Linden, Markus (Hrsg.): *Krise und Reform politischer Repräsentation*. Baden-Baden: 94-123.
- Link, Jürgen (2017): Populismus zwischen Normalisierung und Denormalisierung. In: *kulturRRevolution*, Nr. 72, Mai: 47-56.
- Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*. Wiesbaden: 9-23.
- Zürn, Michael/de Wilde, Pieter (2016): Debating globalization: cosmopolitanism and communitarianism as political ideologies in: *Journal of Political Ideologies*: 1-22.

PROKLA 191: Zur (neuen) Wohnungsfrage

Nachdem die Große Koalition im November 2013 mit viel rhetorischem Tamtam die Mietpreisbremse verkündete, befürchtete der Verband der Haus- und Grundbesitzer das Schlimmste. Doch während die Investitionen in Wohnbauprojekte keineswegs zurückgingen und der Bau von (hochpreisigen) Eigentumswohnungen neue Höhenflüge erlebte, stiegen die Immobilienpreise und Mieten weiter – unter anderem deshalb, weil Neubauten ohne Regulierung nicht zu leistbaren Mieten führen. Dieser erfolglose Versuch einer punktuellen und halbherzigen Reform zeigt beispielhaft zum einen, dass die bereits von Friedrich Engels gegen Ende des 19. Jahrhunderts diskutierte „Wohnungsfrage“ wieder ein Thema der Politik geworden ist; zum anderen, dass diese grundlegende Probleme berührt, die nicht durch eine partielle Preisregulierung zu lösen sind. Mittlerweile treten die Widersprüche eines neoliberalen Regimes der Wohnraumversorgung deutlich hervor und dank zunehmender sozialer Proteste ist ein partielles Umdenken zu diagnostizieren. Vor diesem Hintergrund diskutiert die PROKLA anhand empirischer Beiträge sowie theoretischer Reflexion die politökonomische Gründe für die Wiederkehr der Wohnungsfrage im Kontext von Finanzialisierung, Neoliberalisierung und einer globalen Überakkumulation von Kapital befassen.

PROKLA 192: Die EU zwischen Krise und Aufbruch. 10 Jahre nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in Europa

Die jüngste Krise hat tiefe Spuren in der Europäischen Union hinterlassen. Heute, zehn Jahre nach ihrem Ausbruch hat sich das Gesicht der EU im Allgemeinen und der Eurozone im Besonderen mitsamt ihrer spezifischen Architektur deutlich verändert. Trotz des zwanghaften Optimismus seiner Eliten, die nicht müde werden zu betonen, dass die EU die Wirtschaftskrise hinter sich gelassen und auf einen neuen Wachstumspfad eingeschwenkt ist, bleibt die EU in einer schweren Existenzkrise. Noch gravierender als die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind die politischen Erosionsprozesse. Das Vertrauen in die EU verbleibt auf dem niedrigsten Stand ihrer Geschichte. In der Krise gab es zahlreiche Proteste und Demonstrationen. Was ist aber davon übriggeblieben? Wo stehen die linken Parteien in Europa heute, angesichts von schweren politischen Erschütterungen infolge der Krise und dem Aufstieg der Rechten in vielen europäischen Mitgliedsstaaten? Das alles wirft die Frage auf, welche Alternativen wir eigentlich zu jener Europäischen Union haben, die bisher vor allem eine Wirtschaftsintegration unter neoliberalen Vorzeichen war. Braucht es eine Republik Europa, eine Neugründung durch eine verfassungsgebende Versammlung oder gar ihre Auflösung und Rückkehr zum Nationalstaat?

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die regelmäßigen finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.

IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00

BIC: PBNKDEFF

Postbank Berlin